

„Beitrittskandidat“ Türkei? Oder zur Etikettenwahrheit der EU

Die Frage der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wird diskutiert und allenthalben argumentiert, dass das Thema in den 1990er Jahren von einem zum anderen EU-Gipfel wie eine heiße Kartoffel weitergereicht worden und die Union mit ihren wiederholten Vertröstungen, Versprechen und Zusagen unglaublich sei.

Ist aber dieser Umgang so ein Sonderfall? Hat die Union wirklich nur mit der Türkei ein Problem mit der Etikettenwahrheit? Oder ist die EU-Türkei-Politik nur der letzte Gipfelpunkt einer Ankündigungspolitik in der Umsetzung einer Politik fortgesetzter Ausdehnung und Erweiterung?

Ein Blick zurück in die Geschichte lohnt: 1957 wurde mit den Römischen Verträgen der „Gemeinsame Markt“ verkündet, der Jahrzehnte noch kein solcher war. Sollte nach Inkrafttreten der EWG (1958) mit einer Übergangsfrist zu Mehrheitsentscheidungen im Rat übergegangen und damit das Ziel der Supranationalität angepeilt werden, so war bis in die 1990er Jahre in den Kernbereichen der Integrationspolitik das Gegenteil der Fall. War auf dem Haager Gipfel 1969, im später folgenden Tindemans-Bericht wie auch später in Maastricht 1991 von der Schaffung einer „Politischen Union“ die Rede, so existiert diese bis heute nicht. Wurde in den 1970er und 1980er Jahren von der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit“ (EZP) gesprochen, so hat diese über einen Konsultationsmechanismus hinausgehend nur selten wirksam funktioniert. Lockte die EG Mitte der 1980er Jahre mit dem imaginären Kürzel „EG „92“ – dem Binnenmarkt –, der schon in den 1950er Jahren anvisiert worden war, so trat dieser 1993 in Kraft, ist aber bis heute noch nicht zu 100 Prozent verwirklicht.

Lange Zeit war von der „EU“ die Rede, dabei handelte es sich streng rechtlich gesehen nur um die drei Teilgemeinschaften (EWG, EGKS und EURATOM). Hieß es nach Maastricht, es komme die „Wirtschafts- und Währungsunion“ (WWU), so ist bis heute eigentlich „nur“ die Währungsunion realisiert und diese für zwölf von 25 EU-Ländern. Die Erweiterung der Union um zehn neue Länder ist historisch zu nennen, wengleich alles nur „Mitgliedschaften minus xy %“. Die vielzitierte „EU-Verfassung“ ist – obwohl von Staats- und Regierungschefs abgesegnet – erst Realität, wenn ein großer Hindernislauf von Ratifikationsverfahren durchlaufen ist. Was heißt das alles?

Von der EWG bis zur EU gab es beträchtliche Unterschiede zwischen Integrationsanspruch und –wirklichkeit.

Die Debatte um den „Beitrittskandidaten“ Türkei ist weder außergewöhnlich noch ein besonderer Fall der „Diskriminierung“ – andere Staaten mussten auch warten, manche Jahrzehnte. Das Thema fügt sich fast nahtlos in die endlose Geschichte von Behauptung und Tatsache der EU ein. Die europäische Integration war eine permanente Abfolge performativer Akte in einer Art self-fulfilling prophecy, die bisher geradezu sensationell in Erfüllung ging. Bisher war dieses Unternehmen die Erfolgsgeschichte einer Fortschrittsidee mit Attraktivitätspotential, Überzeugungskraft und Exportwert. Wird es dabei bleiben?

Die Frage des Etiketts wirft gleichzeitig die Frage nach der inhaltlichen Substanz und dem Wahrheitsgehalt der Versprechen auf. Von der EG bis zur EU ließ es sich stets gut überreden. Lügen wurden keine verbreitet, aber oft nur halbe Wahrheiten. Darauf haben sich wohl die Unionsbürger einzustellen, wenn jetzt mit dem „Beitrittskandidaten“ Türkei verhandelt wird. Die Annahme von der Erlaubnis quasi stets gegebener Zustimmung „von unten“ zu allen Entscheidungen „von oben“, das Theorem vom permissive consensus, könnte an dieser Streitfrage zerschellen, die durch alle Lager geht und die Union spaltet. Alle bisherigen Krisen konnten überwunden werden. Ist davon wieder auszugehen?

Letztlich ist die EU ein Elitenprojekt. Durch Investitionen, Markterweiterung, Wirtschaftskooperation und Unternehmensexpansion haben diese bisher größte Vorteile gehabt. Das dürften auch die treibenden Kräfte des Türkei-Beitritts sein. Nun muss aber angesichts wachsenden Unbehagens und Widerspruchs in den EU-Bevölkerungen auch die EU-Elite zum ersten Mal der Wahrheit ihrer Politik ständiger Zukunftsversprechungen als Legitimationskonzept ins Auge sehen, gerade weil es der Großteil der Unionsbürger so will. Das ist gut.

Bevor nämlich ständig der Türkei der Spiegel vorgehalten wird, sollte die EU sich erst selbst im Spiegel betrachten und die notwendigen Schlüsse daraus ziehen.

Ao. Univ.-Prof. Michael Gehler
Institut für Zeitgeschichte
Universität Innsbruck



Internet

zis.uibk.ac.at